Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5275**

16. Wahlperiode 09. 05. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Wolf Bauer, Hartwig Fischer (Göttingen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Gabriele Groneberg, Dr. Sascha Raabe, Dr. Axel Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/4045 –

Energie- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen – Synergieeffekte für die weltweite Energie- und Entwicklungsförderung besser nutzen

A. Problem

Nutzung der Synergieeffekte aus einer stärkeren Verzahnung von Energie- und Entwicklungspolitik für die weltweite Energie- und Entwicklungsförderung.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/4045 anzunehmen.

Berlin, den 28. März 2007

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Gabriele Groneberg
Berichterstatterin

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Gabriele Groneberg, Dr. Karl Addicks, Heike Hänsel und Ute Koczy

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4045** in seiner 76. Sitzung am 18. Januar 2007 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 28. März 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 33. Sitzung, der **Verteidigungsausschuss** in seiner 41. Sitzung, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner 32. Sitzung am 28. März 2007 beraten. Sie empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 28. März 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben den Antrag in ihren 31. Sitzungen am 28. März 2007 beraten. Sie empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 28. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags zu empfehlen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, es sei wichtig, dass sich die Bundesregierung mit dem Thema Energie- und Rohstoffsicherheit als Ganzes befasse. Eine Entwicklungspolitik, die die Rohstoffe ausklammere, sei zum Scheitern verurteilt. Der Ressourcenreichtum müsse entwicklungsorientiert und die Einnahmen müssten der extraktiven Industrien für nachhaltige Investitionen zur Bekämpfung der strukturellen Armut eingesetzt werden. Der Umweltschutz spiele ebenfalls eine wesentliche Rolle. Die Klima gefährdende Rodung von Wäldern zur Energiegewinnung müsse unterbunden werden. Auch für Entwicklungsländer ohne eigene Energierohstoffe müsse eine nachhaltige Energiepolitik geschaffen werden.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, man bekenne sich, Rohstoffe zu brauchen, und wolle mit den Partnerländern zusammenarbeiten. Dies müsse im fairen Austausch geschehen. Nicht Rohstoffimperialismus, sondern eine korrekte Verteilung der Rohstoffeinnahmen für die Bevölkerung sei gewollt. Auf korrupte Regime müsse eingewirkt werden; es gehe um Instandsetzung von Infrastruktur und den Aufbau von Wertschöpfungsstufen in den betroffenen Ländern.

Die **Fraktion der FDP** machte deutlich, sowohl die Industrie- als auch die Entwicklungsländer hätten Rohstoffinteressen. Politischen Eliten der Entwicklungsländer, die zum Teil ohne Unrechtsbewusstsein die Rohstoffeinnahmen veruntreuten, müsse offen und deutlich begegnet werden. Zu prüfen seien Möglichkeiten, zusammen mit den Banken der Veruntreuung solcher Einnahmen zu begegnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, bei Herausrechnung der Energieeffizienz engagiere sich die Weltbank nur mit 4 Prozent an der Förderung erneuerbarer Energien, die Förderung der Ölprojekte betrage dagegen 47 Prozent. In Europa müsse das Energiesystem umgestellt werden, um von dem enormen Rohstoffbedarf wegzukommen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich, Rohstoffeinnahmen dienten bisher nicht der Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern. Indigene Völker im Amazonas und die Bevölkerung in Kongo und Kamerun seien im Gegenteil noch mehr unter Druck geraten. Die Weltbank sollte aus der Förderung fossiler Energieträger aussteigen und in erneuerbare Energien investieren.

Berlin, den 28. März 2007

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Gabriele Groneberg
Berichterstatterin

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Ute Koczy
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333